



:E.05:

Agenda 21

Literatur-Nachweise A-Z und Zitate

Agenda - Leitbild

1. ... Die Agenda 21 soll ein ökonomisch, sozial und ökologisch ausgewogenes Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert sein, das unter breiter Beteiligung ausgearbeitet wird. Bürgermeister *Michael Bouteiller* hatte die Entwicklung eines Leitbildes in diesem Rahmen vorgesehen.
In Wirtschaftskreisen gilt sie unter anderem als ein Unterthema der Leitbild-Entwicklung. Dort habe man zeitweilig auch befürchtet, im Rahmen der Gesprächsrunden zur Agenda 21 würde das Leitbild einseitig vorgeprägt, bevor die Wirtschaft mit am Tisch sitze.
Im Ergebnis dieser Diskussion hatten Bouteiller und Wirtschaftsvertreter kürzlich verabredet, die Verfahren zu trennen. „Alle Beteiligten sind sich dabei bewußt, daß beide Aufgaben miteinander verzahnt sind“, so der Bürgermeister. [...] LN 21.11.1998
2. ... bereits im Vorfeld der Leitbild-Diskussion wurden scheinbar unüberwindliche Unterschiede offenkundig: Auf Druck der Wirtschaft wurde der Leitbild-Prozeß abgekoppelt vom bereits laufenden Agenda-Prozeß. Befürchtet wurde, daß ein Leitbild dadurch ausschließlich umweltrelevante Ziele – womöglich zu Lasten der Wirtschaft – formulieren würde. Vergessen wurde dabei allerdings, daß die Erklärung zur Agenda 21, die 1992 in Rio de Janeiro von über 180 Staaten – darunter der Bundesrepublik – unterzeichnet wurde, beileibe nicht nur Umweltaspekte beinhaltet. Leitidee des Aktionsprogrammes für das 21. Jahrhundert ist vielmehr eine ‚nachhaltige‘ oder ‚zukunftsfähige‘ Entwicklung (sustainable development).
Zukunftsfähig ist danach eine Entwicklung dann, wenn sie ökologischen, sozialen und ökonomischen Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt, ohne die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu gefährden.[...]. Lübecker Stadtzeitung 15. 12. 1998
3. „...ist es aus stadtentwicklungspolitischer Perspektive vertretbar, strukturell unterschiedlich ausgelegte Prozesse wie die Lokale Agenda 21 und Leitbildprozeß nicht sofort zusammenzuführen. Während nämlich die Agenda auf eine breite und langfristige Beteiligung und schrittweise Umsetzung von nachhaltigen Projekten setzt, zielt das Leitbild auf die Zielfindung und Bündelung auf einer strategischen Ebene ab.
In vielen Städten wurde diese Trennung bei besten Erfahrungen vollzogen, um die strukturell sehr unterschiedlichen Prozesse nicht gegeneinander aufzureiben. Das hat nichts mit merkwürdigem Vorgehen zu tun, sondern schlicht mit praktischem und pragmatischem Handeln – auch wenn das Polemiker anders sehen wollen.“ meint Florian Birk* im Lübeck-Brief 1/1999, Seite 1
* Geschäftsführer Lübeck-Management
4. „Das Handlungsprogramm [der Agenda 21] enthält ganz bewußt keine Abstraktion, sondern bleibt auf einer konkreten handlungsorientierten Ebene...“ Lübecker Stadtzeitung 11.1.2000

Agenda - Leitbild, Unterschiede

1. ... Ich sehe keine Unterschiede zwischen den Themenfeldern. Auch die Akteure und der Prozeß sind gleich. Der Unterschied liegt in der Stufigkeit: Das Leitbild ist eine wichtige Stufe auf dem Weg zu einer Agenda 21 für Lübeck. Das Leitbild beschreibt die Vision und soll den Zielkorridor der Entwicklung Lübecks darstellen. Die Agenda 21 hat die Funktion des Handlungsprogrammes. [...]“
Claus Strätz, Lübecker Stadtzeitung 15.12.1998

Agenda, übergeordnet

1. „Die Bürgerschaft beschließt mehrheitlich, daß der lokale Agenda 21- Prozeß der Leitbild-Erstellung übergeordnet ist...“ Stadtzeitung 1.12.1998

Altstadt

1. „Für den Tourismus und den zunehmend bedeutsam werdenden Geschäftsreiseverkehr sind die historischen Werte, mit denen Lübeck in Form seiner architektonischen Monumente wuchern kann, bekanntlich von unschätzbarem Vorteil. [...]“ Johannes W. Wagner, Tourismusdirektor, LN 11.12.1998
2. „...Das Weltkulturerbe macht Lübeck zu einem einzigartigen Ort und ist eines der wichtigsten Pfänder für eine gesicherte Zukunft unserer Hansestadt.“
Dr. Horst H. Siewert, Leiter Bereich Denkmalpflege, LN 18.12.1998

:B:

Bildung

1. „Moral hat dieselbe Aufgabe wie Bildung: uns den Zugang und ein dauerhaftes Interesse an dem zu ermöglichen, was außerhalb unser selbst ist. Bildung befreit aus einer nur persönlichen Wahrnehmung der Welt um mich herum. Moral befreit aus einer nur persönlichen Interessenlage. Durch beides wird die Welt um mich herum erst eigentlich existent.“
Günter Harig, Pastor, LN 27.12.1998
2. ‘Wissen ist heute die wichtigste Ressource in unserem rohstoffarmen Land. Wissen können wir aber nur durch Bildung erschließen.
Wer sich den höchsten Lebensstandard, das beste Sozialsystem und den aufwendigsten Umweltschutz leisten will, der muß auch das beste Bildungssystem haben’, so der Bundespräsident auf dem Berliner Bildungsforum am 5.11.1997.“
zitiert von Hans Wilhelm Orth, Professor Fachhochschule
in den LN 25.12.1998

Bürgerschaft

- Agenda 21: Beschlossen von der Bürgerschaft am 30.3.1995.
- Unterzeichnung der „Charta der europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbständigkeit“ (Charta von Aalborg) am 12.9.1995

:C: :D:

Chefsache

1. ...Der neue Bürgermeister der Hansestadt Lübeck sieht zudem die Leitbildentwicklung als ‚Chefsache‘ an, was unabdingbar ist für einen positiven Leitbildprozeß. [...].
Alexander Maak in ‚Podium‘ Zeitschrift der Wirtschafts-Junioren, Dezember 1999
2. ...Eine so wichtige Aufgabe kann natürlich nur ‚Chefsache‘ sein, was u. a. auch von den Wirtschaftsverbänden Lübecks gefordert wird. Konkret bedeutet das, der Bürgermeister der Stadt Lübeck identifiziert sich mit dem Leitbildprozeß und bringt sich persönlich ein und übernimmt auch gleichzeitig die Schirmherrschaft. [...] ‚Podium‘ Zeitschrift der Wirtschafts-Junioren, Dezember 1999

Dialogkultur

1. Lübecker wollen das bedeutende kulturelle Erbe zukunftsfähig gestalten. Der Status der Altstadt als Weltkulturerbe ist eine Verpflichtung, einen Interessenausgleich zwischen Denkmalschutz und moderner Stadtentwicklung zu finden. Die zeitgemäße Erhaltung der Architektur ist gleichwertig zum hohen Niveau der hier gelehrten und praktizierten Musikkultur. Ein weiterer wesentlicher Faktor für das Ansehen der Stadt ist das intellektuelle Erbe von Heinrich und Thomas Mann, dessen Bedeutung exemplarisch für die vorhandene zukunftsfähige Kultur ist." (7. Leitsatz der Arbeitsgruppe Dialogkultur" im Leitbildprozess.
Lübecker Stadtzeitung 31.8.1999
2. „Die Dialogkultur der am Prozess beteiligten Gruppen hat sich nach einhelliger Auffassung der Mitglieder der Diskursgruppe erheblich verbessert. Der Wille miteinander statt übereinander zu reden, ist da. [...]“
LBII 5/ 2000

Diskussion wieder beleben

1. Der SPD- Kreisvorsitzende *Wolfgang Baasch* möchte die Debatte um ein Leitbild für Lübeck wieder beleben. Die Stadt drohe sonst in lähmende Stagnation zu versinken. Man müsse überlegen: Was

sollte das Lübeck der Zukunft sein? Dienstleistungszentrum, Industriestandort, Hafenstadt, Kulturhauptstadt, High-Tech- Schmiede oder von allem etwas? Wie wolle man künftig in Lübeck und mit der Region zusammenleben. *Baasch*: ‚Ein erster Schritt ist unter Umständen die Konzentration auf ein Kernthema.‘ Die Frage nach einer Vision für die Altstadt böte die Chance, den Leitbildprozess neu zu denken.
LN 24.3.2000

Dissens

1. ... Eigentlich hätte in diesen Tagen ein Leitsatz- Entwurf zum Themenfeld Tourismus, Sport und Naturschutz vorliegen sollen. Doch in manchen Punkten fand man nicht zueinander. Ein Beispiel für *Hans-Jochen Arndt* von der *Industrie- und Handelskammer*: ‚Der Sport sollte völlig den belangen der Ökologie untergeordnet werden.‘ Für *Reinhard Degener* vom *Bund für Umwelt und Naturschutz* wiederum wäre nicht akzeptabel, wenn bei der Abwägung von Nutzen und Nachteil ‚immer der Naturschutz zurückstehen muß‘.
LN 27.7.1999
2. Diskussion über die aktuelle Einflußnahme der Wirtschaft auf den Leitbildprozeß mit der Drohung, aus dem Leitbildprozeß auszusteigen, ist es den Wirtschaftsvertretern gelungen, den Plenumstermin auf Januar 2000 zu verschieben. [...]
Kurzprotokoll 155 AGU-Sitzung 15.11.1999
3. Nah Ansicht von *Hans-Jürgen Schubert*, für die Grünen in der Bürgerschaft, stellen die Wirtschaftsverbände ihre Forderungen als ‚Notwendigkeiten dar, über die man nicht diskutieren kann‘. *Arndt* widerspricht *Schubert* nicht nur entschieden. Der *IHK*- Syndikus, der im Leitbild- Prozess die Wirtschaftsverbände vertritt, sieht den Konflikt grundsätzlicher, Hier handele es sich um Kernpunkte, ohne die die Thesen zur Wirtschaft insgesamt keinen Sinn machten, so *Arndt*.
Die Wirtschaftsverbände halten für zwingend, Straßen dem Bedarf entsprechend auszubauen, ‚nämlich dann, wenn das Verkehrsaufkommen das notwendig macht‘. *Schubert* zufolge besagt die Gegenposition, vor Ausbau des Straßennetzes stets zu prüfen, ob Verkehr nicht anders abgewickelt werden kann, per Bahn zum Beispiel.
LN 13.1.2000
4. ...Tatsächlich sind die Differenzen so groß, dass die beiden Themen [überregionaler Straßenbau und Flugplatz] einer Schlichterrunde vorgelegt wurden. [...]
... sei signalisiert worden, dass die Schlichter die Positionen für so unvereinbar halten, dass sie keinen Kompromissvorschlag unterbreiten werden.
Vielmehr könne es darauf hinauslaufen, dass die Runde sich für eine Position entscheiden werde. Ob das womöglich dazu führt, dass dann eine Gruppe die Leitbild-Brocken gänzlich hinschmeißt? [...]
LN 14.1.2000
5. ... ‚Es geht um ein grundsätzlich anderes Verständnis über die Entwicklung Lübecks in diesem Jahrhundert‘, erläutert *Hans-Jochen Arndt* von der *Industrie- und Handelskammer (IHK)* den Standpunkt der Wirtschaft. ‚Ein Oberzentrum muß bestimmte Funktionen erfüllen.‘ Außerdem sei Lübeck die ‚Verkehrsdrehscheibe für den Ostseeraum.‘ Deshalb dürfe es keine Beschränkungen beim Flughafen- ausbau geben. Dabei gehe es nicht darum, einen ‚internationalen Standard‘ zu schaffen, sondern um den Ausbau des vorhandenen Geländes.
Auch die überörtliche Verkehrsanbindung dürfe ‚kein Tabu‘ sein. Prognosen sagten in den nächsten zehn Jahren ‚deutliche Steigerungen‘ des Verkehrsaufkommens voraus, aufgrund des Wachstums in den skandinavischen Ländern und im osteuropäischen Ostseeraum. Dies könne nur bedingt von Eisenbahn oder Binnenschiff aufgefangen werden. Ein bedarfsgerechter Straßenbau sei daher unvermeidlich.
‚Wir können nicht gegen unsere Überzeugung stimmen‘, sagt dagegen *Reinhard Degener* als Sprecher der *Umweltverbände*. Man setze nicht auf noch mehr Individualverkehr, sondern auf den ‚Umweltverbund‘, also auf den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), des Schienen- und Schiffsverkehrs. Außerdem: Würde man der Position der Wirtschaft hetzt zustimmen, beraube man sich künftigen rechtlichen Möglichkeiten, gegen entsprechende Ausbaumaßnahmen. [...].
Lübecker Stadtzeitung 1.2.2000
6. ‚*Hans-Jochen Arndt*, Syndikus der *Industrie- und Handelskammer (IHK)*, erklärte, es gebe in wichtigen Punkten des Positionspapiers [siehe → Wirtschaft, Positionspapier zum Leibild] einen grundsätzlichen Dissens.[...].
LN 26.2.2000

Dominanz des Teilaspektes Ökologie

1. ...Auch die Wirtschaft war zeitweise durch je einen Vertreter der Industrie- und Handelskammer und des Lübeck Managements [im Agenda-Team] vertreten. Sowohl die Vorgaben der Aalborger Erklärung als auch die überwiegende Zusammensetzung des Lübecker Agenda-Teams ließen keinen Zweifel über die starke Dominanz des Teilaspektes Ökologie aufkommen. Dementsprechend gestalteten sich auch die Beschlüsse dieses Gremiums, sämtliche wirtschaftlichen oder gesellschafts-politischen Aspekte dem ökologischen Anspruch der Agenda unterzuordnen.“
[Nicolaus Lange, Geschäftsführer Kaufmannschaft] LBlI 21/1998

:E: :F:

Empfehlungen

1. „...Die Agenda 21 soll Empfehlungen zur nachhaltigen Entwicklung unseres Gemeinwesens innerhalb des globalen, europäischen, nationalen und regionalen Handlungs-, Entwicklungs- und Initiativspektrums abgeben. Der übergeordnete Aspekt des weltweiten ökologischen Handelns soll hierbei stark in den Vordergrund treten. Ein globales Handlungsmuster ist nur bedingt auf die Erarbeitung einer kommunalen Positionsanalyse übertragbar. [...].
[Nicolaus Lange] LBlI 21/1998
Anmerkung: Übersieht der Autor bewußt, dass die Agenda 21 auch „lokale“ Agenda 21 genannt wird?

Fortsetzung der Arbeit

1. ...‘Die Arbeit ist abgeschlossen, ein weiteres Plenum hat keinen Sinn‘“ ergänzte der Propst [Dr. *Niels Hasselmann*] und forderte den Bürgermeister auf, ‚einen Gesprächskreis zu organisieren, in dem Entscheidungsträger sich versammeln.‘
LN 7.6.2000
2. ...Der Entwurf sei eine gute Grundlage, auf der jetzt weiter aufgebaut werden könne. es gelte weiterhin, dass ein Leitbild nur dann Sinn mache, wenn es von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen werde. Aus diesem Grund werde er eine neue Runde einberufen, in der Vertreter möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen vertreten sein werden.
zitiert die Lübecker Stadtzeitung am 13.6.2000
Bürgermeister Bernd Saxe

Funktion

1. Die wichtigste Funktion eines Leitbildes besteht darin, die Menschen dazu anzuregen, sich den definierten Ziel- und Wertvorstellungen tagtäglich zu verpflichten. Die werthaltigen Aussagen entfalten nur dann ihren Sinn, wenn die Menschen überzeugt sind - und sich durch Beobachtung von Vorbildern davon überzeugen können – daß die Werte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern tief im Leben und Wirken der ‘Organisation’ verwirklicht sind.
Dr. Rolf Becker, geschäftsführender Gesellschafter der BBH-GmbH, Marketing-Management GmbH Bensheim, in LN 6.12.1998
2. ... Das Leitbild dient der Motivation von Institutionen, Unternehmen und Bürgern. Das Leitbild soll nicht Theorie bleiben. Es muß Leitlinien für die konkrete Entscheidungen der Stadtpolitik werden.
[...].
Claus Strätz, Lübecker Stadtzeitung 15.12.1998
3. Das Handlungsprogramm [der Agenda 21] enthält ganz bewußt keine Abstraktion, sondern bleibt auf einer konkreten handlungsorientierten Ebene...“
Lübecker Stadtzeitung 11.1.2000

:G:

Gesellschaft

1. Die Suche nach einem von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern akzeptierten Leitbild bedeutet, daß die Suche ein gesellschaftlicher Prozeß sein muß:
Gut und schön, wenn sich xy-Gruppierungen (wer hat sie eigentlich ausgewählt?) Gedanken über das Leitbild machen. Das aber reicht nicht. Die Zwischenergebnisse müssen mit der Öffentlichkeit ausgiebig diskutiert werden. Wenn die Ergebnisse erst am Ende der Suche „bekanntgegeben“ werden, ist die Sache für umsonst gewesen.
H. Meyer

Gespräche: Abbruch

1. „Die Lübecker Wirtschaft wird sich nicht weiter an der Entwicklung eines zukunftsweisenden Leitbildes für die Stadt beteiligen. Vertreter der Umweltverbände und der Wirtschaft konnten sich gestern nicht auf Leitsätze für den überregionalen Straßenbaum und den Flughafen verständigen. Der Leitbildprozess ist damit vorerst beendet.

Die *Industrie- und Handelskammer* sowie die *Kaufmannschaft* erklärten, dass die Verkehrs-Leitlinien für die Wirtschaft unverzichtbar seien. Da keine Entscheidung über die Formulierungen getroffen werden konnte, habe man sich gezwungen gesehen, aus der Leitbild-Gruppe auszusteigen. Man bedauere den Schritt. [...].
LN 26.2.2000

2. ... Es hätte an ein Wunder gegrenzt, wäre tatsächlich Übereinstimmung über sämtliche wichtigen Zukunftsfragen dieser Stadt erzielt worden. Zwar sind sich einstige Kontrahenten bereits in erstaunlich vielen Fragen näher gekommen, haben miteinander gerungen und sich zusammengerauft. Beim Verkehr, in Lübeck ohnehin Reizthema Nummer eins, endete aber die Kompromissbereitschaft.

Dass sich etwa die *Grünen* nicht dazu hergeben, eine Vereinbarung über den Ausbau des Straßennetzes und zur Entwicklung des Flughafens zu unterzeichnen, kann im Ernst niemand verwundern. Es hilft auch nicht, die real existierenden Konflikte mit gedrechselten Formulierungen zu verschleiern. Insofern ist die Entscheidung der Wirtschaft, die quälende Diskussion für beendet zu erklären, nur konsequent. Mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner lässt sich kein großer Wurf mehr machen.

Christian Longardt, Kommentar LN 26.2.2000

Anmerkung: Warum versucht Longardt den Eindruck zu erwecken, als ob das Scheitern der Gespräche nur an den Grünen gelegen hat?

3. „*Hans-Jochen Arndt*, Syndikus der *Industrie- und Handelskammer (IHK)* erklärte, es gebe in wichtigen Punkten des Positionspapiers [siehe → Wirtschaft, Positionspapier zum Leitbild] einen grundsätzlichen Dissens. Der Ausstieg sei nötig, um ‚negative Folgen für die Zukunftsentwicklung Lübecks zu verhindern.‘“
LN 26.2.2000

4. „Die Vertreter der Wirtschaft haben [...] ihre Mitarbeit in der Diskursgruppe, die das Leitbild für Lübeck erarbeitet, aufgekündigt. *Hans-Jochen Arndt* von der *Industrie- und Handelskammer zu Lübeck* und *Max Schön* von der *Kaufmannschaft zu Lübeck* begründeten den Schritt damit, daß die Diskursgruppe keine Entscheidung über folgende Formulierungen treffen wollte:

‚Wir wollen das überregionale Straßennetz im erforderlichen Umfang mit Blick auf das wachsende Verkehrsaufkommen ausbauen, um Lübecks Drehscheibenfunktion im Ostseeverkehr zu sichern.‘

Die zweite Formulierung:

‚Der Flughafen Lübeck-Blankensee bietet als Regionalflughafen und als Standort für flughafennahes Gewerbe wirtschaftliche Entwicklungschancen, die wir nutzen wollen unter Beachtung von Maßnahmen zur Minimierung von Umweltbelastungen.‘

Diese Aussagen sein für die Wirtschaft ‚unverzichtbare Punkte in einem zukunftsorientierten Leitbild für Lübeck‘. [...] Sowohl *Arndt* als auch *Schön* betonten, daß jede wirtschaftliche Entwicklung in Lübeck den Schutz der Umwelt beachten müsse. Gleichzeitig müsse aber auch ein vernünftiger Ausgleich zwischen Umweltschutz und Wirtschaft gefunden werden. Ein absoluter Vorrang des Umweltschutzes dürfe nicht in einem Leitbild festgeschrieben werden. Lübecker Stadtzeitung 29.2.2000

5. „Im übrigen beklage ich, dass sich die Wirtschaftsverbände – da bin ich in diesem Sinne kein Bürgermeister der Wirtschaft, wenn sie reduziert wird auf die Wirtschaftsverbände – dass die Verbände aus dem Leitbildprozess ausgestiegen sind. Ich bin nicht derjenige, der sagen würde: Ohne die Meinung der Wirtschaftsverbände in diesem konkreten Konflikt gibt es kein Leitbild. Umgekehrt würde ich sagen: Ich würde mich bemühen, die beiden Sätze, um die es geht, außer Streit zu stellen. Die Stadt braucht ein Leitbild, und wenn 90 Prozent dieser Stadt, die Interessengruppen in dieser Stadt, im Dialog zur Wirtschaft stehen, und die es an der Dialogstruktur, an der ernsthaften Umsetzung missen lässt, müssen die nachbessern. Dafür würde ich mich dann einsetzen. [...]

Dazu zählt auch, was die Wirtschaftsverbände im Augenblick tun, an zwei Sätzen von 40 ein Leitbild scheitern zu lassen, das die gesamte Bürgergesellschaft umsetzen will. Das halte ich für unwürdig dem Weltkulturerbe gegenüber.

Frage: „Welche zwei Sätze sind das eigentlich“

Das eine ist, dem Flughafenausbau Rechnung zu tragen und das zweite der Bedarf an überregionalen Verkehrsverbindungen. Diese beiden Sätze sind im Dialog zu verhandeln, und das muss und wird gelingen.

[...]

Der beste Beweis dafür, dass man im Augenblick noch nicht weit genug ist, an einem Strang in der Stadt zu ziehen, ist für mich diese Leitbilddiskussion. Solange vier Wirtschaftsverbände und dabei ganz spezifische Personen letztlich den gesamtstädtischen Prozess behindern, solange ist offenbar noch nicht hinreichend Einigungsdruck vorhanden.“

Bürgermeister Michael Bouteiller in
einem Interview mit den LBII 9/2000 vom 22.4.2000

6. „...Ich kann mir kaum vorstellen, dass es ein zweites Mal gelingen könnte, so viele Gruppen zur Mitarbeit zu motivieren. es scheitert zurzeit daran, dass die Wirtschaftsverbände nicht zu einer Kommunikation kommen mit den anderen Gruppen, wenn es hart auf hart geht. Wenn es zur Sache geht, muss man auch dialogfähig sein. Man muss sich das einmal vorstellen: Die Verabschiedung eines gemeinsamen Leitbildes, an dem insgesamt über 130 Einzelpersonen und Gruppen mitgearbeitet haben, scheitert zurzeit an lediglich vier Wirtschaftsverbänden. [...].

Bürgermeister Michael Bouteiller in einem Interview mit den LN 27.4.2000

7. ...Wenn eine ‚bedeutende gesellschaftliche Gruppe wie die Wirtschaftsverbände‘ aussteige, ‚Dann geht es nicht mehr weiter, dann ist die Basis für das Ganze weg.‘ wird Bürgermeister Bernd Saxe von den LN am 7.6.2000 zitiert

8. ... Am 25.2.2000 wollte die Diskursgruppe Ergänzungen des Leitbildes und Vorschläge für ein Aktionsprogramm beraten. Doch Herr *Arndt* (IHK) und Herr *Schön* (Kaufmannschaft) erschienen mit einem schriftlich ausformulierten Auftrag ihrer Vorgesetzten, Ultimativ verlangten sie eine Abstimmung über die Aufnahme eines Leitsatzes noch vor Behandlung anderer Punkte. Gegenstand: Eine Willensbekundung zum Ausbau des überörtlichen Straßennetzes und des Flughafens. Nur wenn die vorgelegte Passage eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit fände, würden sie weiter mitarbeiten. Ansonsten müssten sie die Sitzung und den Prozess verlassen.

Mehrheitlich missbilligte die Diskursgruppe das Verhalten der genannten Wirtschaftsverbände als unfair und dem Gedanken des geregelten Dialogs widersprechend. IHK und Kaufmannschaft hielten die selbstgesetzten Regeln der Diskursgruppe nicht ein, akzeptierten offenbar auch nicht den Schlichterspruch. Mit 7 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen lehnte die Diskursgruppe ab, über den Antrag abzustimmen. Herr Arndt und Herr schön verließen die Sitzung.

Die übrigen Mitglieder der Diskursgruppe bekräftigten ihren Willen zur Fortsetzung des Leitbildprozesses und beschlossen ein zweistufiges Vorgehen:

1. Klärung der Dialogbereitschaft (mit Vertretern der Wirtschaftsverbände, Mitgliedern der Diskursgruppe und i k u.
2. Inhaltliche Vermittlung unter der Leitung von Herrn Saxe.

Das 2-stufige Angebot wurde telefonisch übermittelt. Auf unsere Frage nach der Dialogbereitschaft erhielten wir folgende Resonanz:

- Herr *Bockholdt*, Kaufmannschaft, wäre persönlich grundsätzlich zu dem vorgeschlagenen Gespräch bereit.
- Frau *de Carvalho*, Lübeck- Management e.V., möchte zum jetzigen Zeitpunkt das Gespräch nicht wieder aufnehmen.
- Herr *Rieckmann*, IHK, und Herr *Kneuttlinger*, Einzelhandelsverband Nord-Ost e.V., formulierten schriftlich ihre ablehnenden Haltung gegenüber dem Gesprächsangebot.

Einige Stimmen haben sich nach dem Ausstieg für einen ‚Neustart‘ des Leitbildprozesses ausgesprochen. in diesem Zusammenhang wird immer wieder das Konzept von Frau Prof. Funcke aus Mainz erwähnt. Demnach würden die Spitzen der Verbände in Arbeitsgruppen an der Leitbildentwicklung arbeiten.

Auf Antrag von Dr. Hasselmann lehnt die Diskursgruppe einen Neustart des Leitbildprozesses kategorisch ab. Zum Einen gibt es Widerstand gegen ein Leitbild ‚von Oben‘. Zum Anderen wollen die Beteiligten nicht von vorne anfangen, sie sehen keinen Grund gegen die vorliegenden Ergebnisse. Schließlich besteht Misstrauen, dass auch beim nächsten Versuch ein vorzeitiges Ende provoziert werden könnte. [...].

Leitbild-Information 8 (April 2000)

Grundsätzliches

1. ...Der *Strukturwandel* in unserer Gesellschaft, wachsende ökologische und soziale Probleme und der sich verschärfende interkommunale Wettbewerb erfordern strategische Handlungsrichtlinien...

2. ... nicht nur ökonomische Belange sind zu berücksichtigen, sondern eine Vielzahl weiterer Problemstellungen, die die Entwicklung einer Stadt maßgeblich beeinflussen...

:H: :I: :J:

Handlungsprogramm

1. Das Handlungsprogramm [der Agenda 21] enthält ganz bewußt keine Abstraktion, sondern bleibt auf einer konkreten handlungsorientierten Ebene... Lübecker Stadtzeitung 11.1.2000

Jugendliche

1. Die Jugendlichen dieser Stadt mischen sich in die Leitbilddiskussion ein. Bei der jüngsten, vom Bereich Jugendarbeit/Jugendamt organisierten Diskussionsrunde, wurden drei Leitsätze erarbeitet, die jetzt in das Leitbild der Hansestadt Lübeck mit einfließen sollen. Schwerpunkte haben die Jugendlichen in den Bereichen Ausbildung/Arbeit, Perspektiven für junge Leute, Kommunikation und Kooperation sowie Selbstorganisation und Beteiligung.

Unter dem Stichwort Beteiligung verstehen die Jugendlichen beispielsweise Foren, Kongresse oder Seminare, die bei der Umsetzung eigener Ideen oder zur Entfaltung von Aktivitäten hilfreich sein könnten. Das Ziel dieser Beteiligungsformen soll die Befähigung zum demokratischen und sozialen Denken und handeln sein, so haben es die Jugendlichen jedenfalls formuliert.

Zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration fordern die Jugendlichen, daß in Lübeck bedarfsorientiert Ausbildungsplätze geschaffen werden. Dabei sollen insbesondere Perspektiven für arbeitsmarktbenachteiligte Jugendliche berücksichtigt werden.

Schließlich soll Lübeck eine Stadt sein, in der sich Mädchen und Jungen wohl fühlen und entfalten können. Dazu müsse Lübeck sein Augenmerk auf eine chancengleiche Entwicklung von allen Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen legen, zugleich aber auch internationale Kommunikation und Kooperation der Jugendlichen in Europa fördern.

Dieser Forderungskatalog ist dem Leitbild-Moderator mittlerweile übermittelt worden mit der Bitte, ihn der Koordinierenden Diskursgruppe zur Einarbeitung in das Gesamt-Leitbild vorzulegen. [...].

Lübecker Stadtzeitung 16.11.1999

Jugendliche, Ausbildung

1. „Die Arbeitsgruppe wünscht sich gesetzlich geförderte, wirtschaftlich selbständige Jugendbetriebe für alle (ohne Aussonderung). Chance: neue Arbeits-, Lern - und Produktionsformen. Modellcharakter für Wirtschaft. Anreiz für Arbeitgeber schaffen, die soziale Verpflichtung zu erfüllen. Empfehlung: Arbeitsgruppe für den Aufbau von Jugendbetrieben.“ Arbeitsgruppe „Neue Ausbildungsformen
Teilnehmer dieser Arbeitsgruppe: S. Meyers, Rüdiger Schmidt, Andreas Fey, Ursula Rode

:K:

Kinder, Jugendliche

- 1 „Einbeziehung von Kindern in Planungsprozesse
Ideensammlung mit Kindern (Zukunftswerkstätten, open space) Kinder ernst nehmen, Kinder in die Verantwortung nehmen (?), Kinderinteressen in alle Planungsprozesse einbeziehen, Kinder teilnehmen lassen und hören (u. a. mit Hilfe eines ‚Kindersprechers‘)
Festschreibung der Kinderbeteiligung an allen Planungsprozessen
- Möglichkeiten, die das Kinder- und Jugendgesetzbuch und die Gemeindeordnung schon jetzt bieten, ausschöpfen
- Selbstverpflichtung zur Beteiligung bei Projekten
- Kontrollinstanz schaffen,
- Infobroschüre über Kinderrechte schreiben,
- Kinderparlamente in den Stadtteilen
- „Anwalt“ für Kinderinteressen, Kinderbüro“
Auszug aus Protokoll „Kinder am Agenda-Prozeß beteiligen“ (Open-Space-Konferenz 29. und 30. 1.

1999, Teilnehmer. Karin Lammert, Norbert Franke, Joachim Möller, Michael Zeckel, Petra Schuh (?), Elke Woithe, Ute Schneider, Andrea Aewerchick-Zoron (?), Heidi Heinacker, Erika Brand, Isabelle Hermann, Brunhild Steiner, Uwe Albrecht, Friderike Simon,...

2. ...Nur unter Voraussetzung von humanitären Werten und Zielen, wie etwa der Entwicklung und Erhaltung einer nachhaltigen Lebensqualität für unsere Nachkömmlinge, macht zum Beispiel die Stärkung des Wirtschaftspotentials Lübecks überhaupt Sinn. [...].
Die Beteiligung und Mitsprache der Kinder und Jugendlichen in ihren ureigensten Angelegenheiten wird nicht nur von der Gemeindeordnung gefordert, sie ist gleichzeitig auch Prävention. Eine Stadt, die später einmal nicht unter ihren politikverdrossenen Bürgern leiden möchte, lebt gerade auch von frühzeitigem Umgang mit ihren Kindern.
„Für den in Ruhe anzugehenden Leitbildprozeß bedeutet dies zwingend die frühestmögliche Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen in die Diskussion und Entwicklung der verpflichtenden Zukunftsschau Leitbild. [...]“ Stefan Römer, Dipl.-Betriebswirt, Vater von 6 Kindern, LN 20.12.1998
3. ...Wer über ein ‘kinderfreundliches Lübeck’ spricht, muß mit Kindern und Jugendlichen sprechen [...] Kinder und Jugendliche muß man selbst handeln lassen, auch wenn hier das eine oder andere mal schiefeht. [...] Was Lübeck in vielen Bereichen braucht, ist die Bereitschaft, sich mit der Zukunft – den Kindern und Jugendlichen – zu unterhalten, um mit ihnen gemeinsam Lösungsmöglichkeiten für ein Lübeck der Zukunft zu entwickeln. [...] Jan Lindenau, Leserbrief LN 29.12.1998
3. In beiden Naherholungsbereichen muß es Bereiche für Kinder geben. Das ist trotz der Nähe zum Wasser (auch versicherungstechnisch) möglich. Wünschenswert wären auch ‚natürliche‘ Flußufer (statt Kaimauern) zumindest in Teilbereichen. Wenigstens die Kinderbereiche sollten mit Obstbäumen und -sträuchern bepflanzt werden (das ‚ewige‘ Argument von verdorbenen Mägen wegen des Genusses von unreifen Obstes sticht nicht: Kinder sind lernfähig)...
Wenn die Stadt zeigen will, daß sie kinderfreundlich – also zukunftsfähig – ist, dann
 - a. schaltet sie in die Vorbereitungen zum Wettbewerb Kinder mit ein, damit sie unter fachkundiger Anleitung Ideen für die Kinderbereiche entwickeln können,
 - b. beruft sie als einen Sachpreisrichter eine wirklich kompetente Person z.B. eine(en) Mitarbeiter(in) des Kinderschutzzentrums der Arbeiterwohlfahrt“ aus einem Papier „Gestaltungswettbewerb Uferzone An der Obertrave und An der Untertrave“ Text der Initiativen für die „autofreie“ Altstadt, der Bauverwaltung am 24.3.1999 übergeben

Kinderfreundliche Altstadt Agenda 21, Projektgruppe

A. Kinderspielplätze

Kinder müssen sich auch austoben können. Für Ortsfremde mit Kindern ist es nur sehr schwer möglich, einen Kinderspielplatz zu entdecken. Darum die dringende Bitte an alle Verantwortlichen:

- a. wann immer die Stadt Stadtpläne herausgibt: Kinderspielplätze müssen eingezeichnet sein. (Auch bei Plänen, die „eigentlich“ nur dem Verkehr dienen)
- b. Der Bereich Jugend bzw. die Touristzentrale werden dringend gebeten bei Verlagen, die Lübeck-Pläne herausgeben, darauf zu dringen, daß Spielplätze eingetragen werden. 5.10.1998

B. Open Space-Konferenz am 12. 11. 1999

Arbeitsgruppe „Straßenraum = öffentlicher Lebensraum (für alle) = Freiraum = Spielraum

Leitung: Gunhild Duske

Teilnehmer: Ulrich Bahr, Ute Schneider, Stefan Mitbrodt, Manfred Zimmermann

Ergebnis:

- Kinderschutz ↔ Verkehrsberuhigung
- Blockbinnenhöfe sind private Flächen
- Der öffentliche Raum = Straßenraum steht den schwächsten der Gesellschaft, den Kindern, am wenigsten zur Verfügung. Von den Südländern ist zu lernen, dass Ältere den Bürgersteig selbstverständlich in Anspruch nehmen.
- Kinderspiele wie Hinkepott sollten auf den Bürgersteigen und Plätzen möglich sein.
- Kinder sollten die Bürgersteige bemalen dürfen
- Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sollten verlässlich kontrolliert und durchgesetzt werden und nicht so, dass die einzige Verlässlichkeit darin besteht, dass Übertretungen folgenlos bleiben.
- Tempo 30 durchsetzen, Schulwege sichern.
- Umweltverbund fördern zu Gunsten von Kindern, Jugendlichen und Älteren.

- Aufenthaltsqualität verbessern: Tische und Bänke (z. B. für Picknick) aufstellen (Schranken, Koberg), die auch für Familien attraktiver sind, jedoch nicht zu verkehrsnah wegen Lärmbelästigung und Gefährdung der Kinder.
- Spielstraßen müssen eingerichtet werden, fördern nicht nur das Kinderspiel, sondern auch die Kommunikation zwischen Alt und Jung.
- Kfz-Verkehr muß möglichst weitgehend aus der Altstadt herausgehalten werden (in einigen italienischen Städten geht das auch); dafür sollten Shuttle- Bus-Verkehr von Altstadtrand- Parkplätzen in die Innenstadt eingerichtet werden.
- Es muß klar gemacht werden, dass der Raum in der Altstadt begrenzt ist.
- Wirtschaft könnte Lieferverkehr auch zu den Busparkplätzen einrichten.
- Kinderbetreuung, während die Eltern einkaufen (Die gibt's mit dem sinnigen Namen: „Kinderparkhaus“, Sandstraße im Hause vom Lübeck-Management)
- Viele Grünflächen können von Kindern nicht benutzt werden, wegen Verschmutzung durch Hundekot. Das gilt auch für viele Bürgersteige.
- Wohnen und Arbeiten in der Innenstadt muß erhalten und gefördert werden (Kurze Wege → weniger Verkehr. Gutes Beispiel: Aegidienhof .
- Größere Geschäfte müßten Spielräume für Kinder anbieten. (in den 60er und 70er Jahren hatten manche Schuhgeschäfte immerhin die nicht-intelligenzfördernden aber bei Kindern durchaus beliebten Rutschen im Angebot)
- Geschäfte / Restaurants auf Kinderfreundlichkeit testen und bewerten
- Schulwegsicherung wird gefährdet durch die Eltern, die ihre Kinder mit dem Kfz. zur schule bringen.
- Spielplatzführer für die Altstadt herausgeben (mit Aufzählung besonderer Spielgeräte)
- Mehr Sitzplätze für Eltern und Großeltern auf und an Spielplätzen
- Toiletten an allen Spielplätzen
- Wickelräume an Spielplätzen

Ein „Kreislauf“:

Positives Image der Stadt bei Jung und Alt ↔ Verweilqualität ↔ Lust zum Shopping ↔ Kinderbetreuung, Spielmöglichkeit ↔ stressfrei einkaufen ↔ Smog und (Hunde-) Dreck vermeiden ↔ gesteigerte Aufenthaltsqualität ↔ gesteigertes Wohlbefinden für Bewohner und Touristen, Einkaufende ↔ weniger Abwanderung von Familien ins Umland, mehr Gäste.

2. Kinder müssen sich auch austoben können. Für Ortsfremde mit Kindern ist es nur sehr schwer möglich, einen Kinderspielplatz zu entdecken. Darum die dringende Bitte an alle Verantwortlichen:
 - a. wann immer die Stadt Stadtpläne herausgibt: Kinderspielplätze müssen eingezeichnet sein. (Auch bei Plänen, die „eigentlich“ nur dem Verkehr dienen)
 - b. Der Bereich Jugend bzw. die Tourist-Zentrale werden dringend gebeten bei Verlagen, die Lübeck-Pläne herausgeben, darauf zu dringen, daß Spielplätze eingetragen werden. Hans Meyer, 23.5. 2000
3. ... Die lebhafteste Diskussion* hatte eigentlich in zentrales Thema, nämlich: „Ist das Wohnen in der Altstadt mit Kindern möglich – ist die Altstadt kinderfreundlich?“
 Und die überwiegende Mehrheit (die meisten davon Mütter mit Kindern) war der einhelligen Meinung, dass gerade in der Altstadt das gefahrlose Aufwachsen und Spielen der Kinder möglich sei. Man war sogar der Meinung, dass in den anderen Stadtteilen wie Hochschulstadtteil oder Kücknitz die gefährlichen Situationen vielfältiger seien als in der Altstadt und dort die problemlose Erreichbarkeit der Infrastruktureinrichtungen nicht sichergestellt sei. [Axel Cantstetter] ArchitekturForum 5. 34-35
 * Kurzprotokoll zum Rundgang (wieweiterwohnen?) und zur Diskussion am 29.9.2007

Kultur

(der folgende Text wurde vollständig aus dem Ergebnisprotokoll der „Open Space- Konferenz“ – 29. und 30. 1. 1999 - übernommen):

1. „Kultur in der Agenda 21
 - Kultur ist zentraler und grundlegender Inhalt der Agenda 21
 - Kultur verstanden als Summe der Lebensäußerungen des Menschen
 - Kommunikation, Kitt der Gesellschaft
 - Umgang mit der Natur, Mitwelt (Mensch ist Teil der Natur)
 - „Lebensmittel“ = existentiell, kein Zierrat,
 - Lebensqualität,
 - Standortfaktor

Leitbild, in dem Agenda 21 in diesem Sinne aktiv eingebunden ist durch Kulturexperten und Kulturinteressierte. Dringende Empfehlung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe Kultur“.

Teilnehmer (so weit lesbar): Ada Kadelbach, Anke Seeberger, Wolfram Eckloff, ...Meyer-Schaale, Regine Shahidinjad, Horst Hesse, Heiko Fritschen, Claudia Wolm (?), Olga Koch, Wolfgang Muth, Christiane Prußmann, Petra Dey

Ökologie, Dominanz des Teilaspektes

1. ...Auch die Wirtschaft war zeitweise durch je einen Vertreter der Industrie- und Handelskammer und des Lübeck-Managements [im Agenda- Team] vertreten. Sowohl die Vorgaben der Aalborger Erklärung als auch die überwiegende Zusammensetzung des Lübecker Agenda-Teams ließen keinen Zweifel über die starke Dominanz des Teilaspektes Ökologie aufkommen. Dementsprechend gestalteten sich auch die Beschlüsse dieses Gremiums, sämtliche wirtschaftlichen oder gesellschaftspolitischen Aspekte dem ökologischen Anspruch der Agenda unterzuordnen.“ [Nicolaus Lange] LBII 21/1998

Standort

1. „...Unter dem Stichwort Wirtschaftsstandort heißt es in dem Handlungsprogramm, daß die Attraktivität Lübecks als nachhaltiger Wirtschaftsstandort gesteigert werden soll.“
Lübecker Stadtzeitung 11.1.2000

Trennung von Agenda und Leitbild-Prozessen

1. ... Die Wirtschaftsvertreter waren nicht der Meinung, daß eine Verquickung der Entwicklung eines Leitbildes für Lübeck mit dem Agenda-21-Prozeß eine Lübeck-spezifische, sämtlichen Bereichen des öffentlichen Lebens gerecht werdende Standortanalyse und Handlungsperspektiven ermöglicht hätte. Darum schlug die Wirtschaft vor, beide Prozesse von einander abzukoppeln und ein separates Leitbild-Gremium einzurichten. Das heißt nicht, daß die Wirtschaftsorganisationen sich nicht in die Entwicklung einer lokalen Agenda einbringen möchten: im Gegenteil: beide Teams sollen gleichberechtigt nebeneinander existieren, keine Thematik soll die andere dominieren, der lebhaft Gedankenaustausch zwischen beiden Gruppen muß möglich sein. [...] [Nicolaus Lange] LBII 21/1998

Zukunftsfähigkeit

1. „Eine Nachhaltigkeit, die Zukunftsfähigkeit der Länder, haben 180 (!) Staaten bereits 1992 unterschrieben, doch ‘die’ Lübecker Wirtschaft möchte sich nicht an dem Agenda-Prozeß beteiligen. Die Gründe? Sie sind mehr als durchsichtig. ‘Die’ Wirtschaft stellt mit ihrer Nicht-Teilnahme am Agenda-Prozeß ihre eigene Zukunftsfähigkeit infrage.“
Hans Meyer (aus einem Leserbrief) Lübecker Stadtzeitung 12.1.1999